

CGFP-Nationalvorstand wird über die weitere Vorgehensweise befinden

Seit Monaten wird in der Öffentlichkeit kontrovers über die berufliche Versetzung von Christian Schleck, dem Präsidenten der Armeegewerkschaft SPAL, diskutiert. Anlässlich einer Informationsversammlung am vergangenen 4. Februar hatte das „Syndicat professionnel de la Force Publique“ (SPFP) die sofortige Entlassung des Armeegenerals Alain Duschène sowie den Rücktritt der beiden für die Verteidigung zuständigen Ressortchefs François Bausch und Henri Kox gefordert. Die drei Personen hätten sich im Fall Schleck vieles zu Schulden kommen lassen, so die Begründung.

In einer Pressemitteilung griff die CGFP zwei Tage später den Fall erneut auf. Hintergrund war eine Aussage des delegierten Verteidigungsministers im Parlament. Das besagte Regierungsmitglied hatte am vergangenen 3. Dezember 2019 in einer öffentlichen Sitzung behauptet, die Zuweisung einer neuen Arbeitsstelle für Schleck beruhe auf einem „gegenseitigen Abkommen“.

Die CGFP hatte von Beginn an diese Behauptung vehement bestritten. An Minister Kox ging der Aufruf, das besagte Schriftstück über eine vermeintliche Übereinkunft für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da bis zu dem Zeitpunkt keine Reaktion erfolgt war, wiederholte die CGFP diese Forderung anlässlich der Vorständekonferenz am 9. Dezember 2019. Statt jedoch reinen Tisch zu machen, weigerte sich Henri Kox, den mehrfachen CGFP-Aufforderungen Folge zu leisten.

Die Vermutung der CGFP, dass es ein derartiges Dokument überhaupt nicht gibt, hat sich inzwischen bestätigt. Als die CGFP im Begriff war, das Internationale UN-Arbeitsamt in Genf mit dem Dossier zu befassen, lenkten die zuständigen Ressortchefs ein. Im Rahmen einer Unterredung mit der CGFP-Exekutive gaben beide Politiker zu, dass sie kein derartiges Schriftstück besitzen. Nur wenig später reichten sie der CGFP die diesbezügliche schriftliche Bestätigung nach.

Kox: **„Unglücklich ausgedrückt“**

Die Tatsache, dass im Abgeordnetenhaus Unwahrheiten verbreitet wurden, könne nicht als Lappalie kleingeredet werden, betonte die CGFP in ihrem Schreiben. Im Zuge der neu gewonnenen Erkenntnisse hatte die CGFP das Parlament dazu aufgefordert, der Sache auf den Grund zu gehen. Zum einen ist es Aufgabe des Abgeordnetenhauses, die Regierung zu kontrollieren. Zum ande-



Fotos © Chamber TV

ren wurden die nicht nachvollziehbaren Aussagen ausgerechnet im Parlament gemacht.

An die Volksvertreter ging deshalb der Aufruf, einigen grundlegenden Fragen nachzugehen. Wie konnte dem delegierten Minister ein derartig grober Fehler unterlaufen? Wurden absichtlich Falschaussagen im Parlament gemacht, um bewusst Desinformation zulasten Dritter zu betreiben? Oder wurde der delegierte Minister hinters Licht geführt?

Im Rahmen einer parlamentarischen Fragestunde an die Regierung konfrontierte der Abgeordnete Gilles Roth am vergangenen 11. Februar den Minister mit diesen Fragen. In seinen kurzen Ausführungen räumte Henri Kox ein, dass er sich Anfang Dezember in der Chamber „schlecht“ oder „unglücklich“ ausgedrückt habe. Keineswegs habe er jedoch damals zum Ausdruck bringen wollen, dass Schleck seine schriftliche Zustimmung für die Versetzung gegeben habe. Das diesbezügliche Video von Roths Fragen an Minister Kox sowie die entsprechenden Antworten befinden sich in dem unten beigefügten Link: ▼

<https://www.cgfp.lu/actualites>



Gesamtanalyse soll Klarheit schaffen

Und was nun? Einfach zur normalen Tagesordnung übergehen, als ob nichts gewesen wäre? Fakt ist, dass der delegierte Verteidigungsminister in seiner knappen Stellungnahme vor den Abgeordneten manchen Fragen auswich. Ob Kox im Vorfeld seiner falschen Aussagen getäuscht wurde, bleibt vorerst fraglich. Weiterhin unklar ist auch, ob die verbreiteten Unwahrheiten Konsequenzen nach sich ziehen werden oder nicht.

Der CGFP-Exekutive obliegt es nicht, im Alleingang über mögliche Rücktrittsfordernungen zu befinden. Anlässlich einer bevorstehenden Sitzung des CGFP-Nationalvorstandes wird das Dossier Schleck in aller Sachlichkeit gründlich analysiert. Zum gegebenen Zeitpunkt werden die neuen Elemente in diese Gesamtanalyse einfließen. Dazu gehört auch eine Überprüfung des jetzigen Aufgabebereiches von Christian Schleck im Rekrutierungsbüro der Armee.

Am 7. Januar 2020 hatte Minister Bausch nach einer Sitzung des zuständigen Parlamentsausschusses bestätigt, dass Schleck nicht versetzt werde. Tatsache ist jedoch, dass der Betroffene – anders als zuvor – nicht mehr für die Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Armee zuständig ist. Mit dieser und anderen Fragen wird sich der CGFP-Nationalvorstand demnächst befassen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen.

Max Lemmer